

Protokollauszug

aus der

40. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2023

öffentlich

Top 4.2 Kinderschutzbericht - Präsentation zum Berichtsjahr 2023

Herr Kelch hat eine PPP (**Anlage 2**) vorbereitet und der Kinderschutzbericht wurde allen vorab per Mail zur Verfügung gestellt, welcher im Ratsinformationssystem (RIS) abrufbar ist. Er erläutert, dass „Frühe Hilfen“ immer „Frühe Hilfen nach dem Bundeskinderschutzgesetz“ meint. Die konkret dargestellten Inhalte sind in der PPP nachvollziehbar.

Wenn es in einer Familie mehrere Kinder gibt, werden alle Kinder einzeln einer Risikobewertung unterzogen. Die Bewertung kann auch different für jedes Kind enden. Leider wird der Familienbegrüßungsdienst nur noch von 40 Prozent der Eltern mit erstgeborenen Kindern genutzt, obwohl es zu Beginn 90 Prozent waren. Der Fragebogen des Familienbegrüßungsdienstes gibt auch Aufschluss über viele Befindlichkeiten der Eltern. Herr Kelch machte diesbezüglich deutlich, dass diese Daten auch noch einmal ergänzend ausgewertet und behandelt werden könnten.

Rückfragen: Es wird gefragt, ob der Aufwuchs von Kinderschutzfällen überdurchschnittlich hoch ist. Herr Kelch meint, dass dies nicht so klar beantwortet werden kann, da auch die Anzahl aller jungen Menschen zunahm. Dazu müsste man prozentuale Angaben vergleichen und ggf. Daten im Brandenburger Vergleich ansehen. Er bietet an, dass dies zur Jahresmitte nochmal angefragt werden kann.

Es wird nach Verbesserungspotential gefragt.

Herr Kelch hebt hervor, dass der Führungswille zur Förderung eines umfassenden Kinderschutzes in der Geschäftsbereichsleitung von großer Bedeutung ist. Er betont, dass er dies in der Vergangenheit bereits erlebt hat und dass es weiterhin Raum für Verbesserungen gibt. Herr Kelch betonte, dass er aufgrund der Vielzahl von Aufgaben, nicht allein bewältigen kann. Daher hofft er auf die Schaffung einer weiteren Stelle für diesen Bereich.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (JHA) fühlen sich in Bezug auf Weiterbildungen vom Jugendamt vernachlässigt. Es bestehe darüber hinaus seit längerem Klärungsbedarf über die Aufgaben und Bedeutung der insoweit erfahrenen Fachkräfte. Zudem sollte mehr Aufmerksamkeit auf die Betreuung von Kindern mit Behinderungen gelegt werden.

Herr Kelch betont, dass auch Kinder mit Behinderungen betreut werden. Jedoch seien die beteiligten Einrichtungen nicht immer in der Lage, eine vollständige Integration zu gewährleisten. Die freien Träger möchten sich mit Herrn Kelch treffen, um über diese Themen ausführlich zu diskutieren. Sie möchten zudem, dass ihre Kinderschutzberatungen in den offiziellen Statistiken berücksichtigt werden. Herr Kelch ist dazu bereit, betont jedoch, dass seine vorherigen E-Mail-Anfragen oft ohne Antwort blieben. Verabredung: Das Thema wird im Unterausschuss Jugendhilfeplanung nochmal aufgerufen.

Es gibt Interesse an Papierexemplare des Rahmenkonzeptes Kinderschutz. Der Bedarf soll der Verwaltung angemeldet werden.

zu 4.2.b Anfrage zum Krisendienst

Herr Pfeiffer erläutert, dass 9 zusätzliche Stellen für den Krisendienst bewilligt wurden. In der letzten Woche wurden 4 Stellen besetzt, 2 weitere sind in der Bewerbungsphase. Es gab auch 2 Interessent*innen aus der Mitarbeiterschaft heraus. Im zweiten Quartal wird mit der Arbeit des Krisendienstes gestartet, vollumfänglich ab dem 01.07.2023.

Ein zentraler Standort in der Innenstadt wird gesucht, die Umsetzung ist noch im Prozess.

Rückfragen: Wie ist die Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen des Fallmanagements geplant? Herr Pfeiffer erklärt dazu, dass der Krisendienst die Aufnahme übernimmt und eventuell die Inobhutnahme (wenn das Kind noch kein Fall ist). Die konkrete Fallarbeit wird jedoch von den Regionalteams durchgeführt.

Auf die Frage, ob die neun zusätzlichen Stellen ausreichen, kann derzeit keine definitive Antwort gegeben werden. Der Krisendienst entlastet die Personen, die die Fallarbeit durchführen, aber ob dies ausreicht, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht bestätigt werden.

Für die Sozialarbeitenden wird eine spezifische Untersuchung durchgeführt. Ziel ist es, eine dynamische Personalbedarfsplanung zu entwickeln. Dafür wird ein umfangreiches Prozessmodell erstellt, das unter anderem aufzeigt, wie viel Arbeitszeit für welche Prozesse benötigt wird und welche Prozesse optimiert werden können. Dieses Modell wird zeitlich strukturiert sein. Es ist ein komplexer Prozess, der auf digitalen Daten basiert und die Mitarbeitenden so wenig wie möglich belasten soll. Insgesamt werden wahrscheinlich 30 Workshops durchgeführt.

Die Mitglieder des JHA betonen, dass diese Untersuchung nur den aktuellen Zustand (IST-Zustand) darstellen kann. Sie fragen aber, was mit dem angestrebten Zustand (SOLL-Zustand) ist? Sie erinnern daran, dass Geld für einen Städtevergleich ausgegeben wurde und fragen, was mit diesen Daten geschehen ist. Könnten sie nicht für die inhaltliche Gestaltung genutzt werden? Herr Reimann beendet die Diskussion. Es wird überlegt, ob die vergleichenden Daten noch bei jemanden vorliegen. Herr Pfeiffer ergänzt, dass bei der Prozessmodellierung durchaus ein SOLL-Zustand kreiert werden soll - mit den Mitarbeitenden.

PAUSE 18:08 bis 18:18 Uhr

Herr Reimann kündigt an, dass er die Tagesordnung wie folgt ändern möchte:
Herr Svejda wird mit TOP 7.1 vor Top 5 gezogen. Danach wird der nichtöffentliche Teil eingefügt, da für beide TOPs Gäste da sind, die nicht so lange warten sollen.